

Wem hilft eine solche Gesundheitsreform?

Die 21. Sitzung des Vorstandes der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) am 18. November 2006 im Ärztehaus Bayern befasste sich mit den Themen Berichte des Präsidenten und der Vizepräsidenten, Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung und mit den an den Vorstand gerichteten Resolutionen bzw. Vorstandsüberweisungen des 62. Bayerischen Ärztetages in Straubing.

Gesundheitsreform

Traditionsgemäß eröffnete Präsident Dr. H. Hellmut Koch die Sitzung mit seinem Bericht zur Gesundheitspolitik. Dazu stellte er den Fahrplan des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG) vor, wonach am 24. November ein erster Durchgang im Bundesrat, am 5. Dezember die zweite beziehungsweise dritte Lesung im Bundestag und am 16. Februar 2007 der zweite Durchgang im Bundesrat geplant seien. In-Kraft-Treten werde das GKV-WSG dann zum 1. April 2007.

Koch informierte über den Nationalen Protesttag, der am 4. Dezember geplant ist. Zum bundesweiten Aktionstag der Information und der Aufklärung über die Folgen der Gesundheitsreform haben die Bundesärztekammer (BÄK), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der Marburger Bund (MB) aufgerufen. Die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen des Landes sollten darüber informiert werden, welche Auswirkungen das so genannte GKV-WSG auf die medizinische Versorgung in Deutschland haben wird: Abbau der wohnortnahen ambulanten und stationären Versorgung, lange Wartezeiten, Minderversorgung mit erheblichen Qualitätseinbrüchen und Verschärfung der Rationierung in allen Bereichen. Koch ermunterte die Vorstandsmitglieder, in ihren Bezirks- beziehungsweise Kreisverbänden an diesem Tag Informationsveranstaltungen zu organisieren. Die BLÄK werde zu einer Pressekonferenz ins Ärztehaus Bayern laden. Darüber hinaus ist die BLÄK tätig geworden und hat eine Plakataktion (siehe Abbildung) ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Wem hilft eine solche Gesundheitsreform?“ sollen flächendeckend in ganz Bayern die Patientinnen und Patienten in Wartezimmern bei niedergelassenen Hausärzten und Fachärzten sowie im Krankenhaus

informiert werden. Das Plakat, das dieser Ausgabe beiliegt, richtet sich an jede Ärztin und an jeden Arzt in Bayern und an die Patientinnen und Patienten. Folgende Verbände/Institutionen wurden zum Mitmachen gebeten: Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB), Marburger Bund (MB), Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG), Bayerischer Hausärzteverband (BHÄV), Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände (GfB), NAV-Virchow-Bund (NAV) und Hartmannbund (HB). Koch bedauerte, dass sich nicht alle angesprochenen Verbände an der Aktion beteiligten und rief nochmals zur Solidarität der Ärzteschaft auf.

Weitere politische Termine auf Kochs Agenda waren ein Gespräch der Präsidenten der Landesärztekammern mit dem SPD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Kurt Beck und der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) zur aktuellen Gesundheitsreform sowie ein Treffen der Heilberuferepräsentanten in der CSU-Landesgruppe in Berlin. In diesem Zusammenhang sagte er wörtlich, „dass zum jetzigen Zeitpunkt nur eine komplette Ablehnung, eine echte Fundamentalkritik, am GKV-WSG angebracht sei“.

Weitere Termine waren die Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Ärzteversorgung und die Tagung der bayerischen Krankenhausdirektoren in Bamberg, bei der eines der Hauptthemen das GKV-WSG und insbesondere die monistische/duale Krankenhausfinanzierung war. Auf der MB-Hauptversammlung drehte sich alles um den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen.

In Anschluss an Kochs Bericht kam es zu einer engagierten Diskussion zur Gesundheitspolitik, zum GKV-WSG, zum Nationalen Protesttag und zur Plakataktion. Die letzten beiden Punkte wurden mehrheitlich begrüßt und Unterstützung in den Regionen zugesagt. So werde es etwa in Bayreuth und in Memmingen am 4. Dezember öffentliche Podiumsdiskussionen, organisiert vom örtlichen Ärztlichen Kreisverband, geben.

Vizepräsidenten

Vizepräsident Dr. Max Kaplan berichtete über das Kursleitertreffen Allgemeinmedizin der BÄK, in dem es unter anderem um die „Kursweiterbildung Allgemeinmedizin“ ging. Kap-



Plakat „Wem hilft eine solche Gesundheitsreform?“

lan gab einen kurzen Bericht zum Deutschen Hausärztetag, der im September in Potsdam stattgefunden hatte. Tenor von Rainer Kötzle, dem Vorsitzenden des Deutschen Hausärzterverbandes: „Dem Endzeitmotto könnten die Hausärzte nicht zustimmen, politischer Fundamentalphilosophie nütze nicht.“ Aber auch die Hausärzte seien mit dem GKV-WSG in der jetzigen Form nicht einverstanden.

Kaplan informierte über die Sitzung der Arbeitsgruppe Fortbildungscurriculum für Medizinische Fachangestellte. Ziel sei die Schaffung von Fortbildungscurriculums für Medizinische Fachangestellte initiiert durch einen Entschließungsantrag auf dem 108. Deutschen Ärztetag 2005 in Berlin. In der anschließenden Diskussion wurden einerseits Einwände vorgebracht, dass hier eine „hausgemachte Konkurrenz“, ähnlich der Gemeindefachangestellte, erzeugt und der eigene Berufsstand torpediert werde. Andererseits sei klar, dass angesichts eines veränderten Versorgungsbedarfs, mit der Zunahme alter pflegedürftiger und chronisch-kranker Patienten, der steigenden Bedeutung ernährungsbedingter Erkrankungen und neuer Versorgungsformen und Strukturen, wie etwa Integrierte Versorgung, Disease-Management-Programme oder Medizinische Versorgungszentren, die Position der Ärzteschaft in der

ambulanten Versorgung durch eine Qualifikation der Medizinischen Fachangestellten gestärkt werden sollte. Die Curricula sollten bis September 2007 erstellt sein.

Abschließend informierte der Vize noch über zwei Präventionsveranstaltungen. Die BLÄK veranstaltet in diesem Jahr am 28. November gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e. V. (LZG) zum Weltgesundheitsstag ein Symposium zum Thema „Menschen für Gesundheit – die Gesundheitsberufe“ und plant für 2007 ein Suchtforum mit dem Titel „Lifestyle-Drogen und Anti-Aging“, das die BLÄK, die Bayerische Landesapothekerkammer (BLAK) und die Bayerische Akademie für Suchtfragen (BAS) voraussichtlich im April 2007 im Ärztehaus Bayern organisieren werden.

Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann berichtete über eine Vielzahl von Terminen, die er in den vergangenen Wochen wahrgenommen hat. Bei mindestens sechs Veranstaltungen war die Gesundheitsreform zentrales Thema. Dazu zählte insbesondere die Anhörung im Deutschen Bundestag zur Zukunft der privaten Krankenversicherung (PKV). Offensichtlich war, dass die Vertreter der Regierungskoalition kein Verständnis für Kurskorrekturen am GKV-WSG aufbrachten, obwohl viele Redebeiträge der Sachverständigen, der ärztlichen Vertreter und natürlich der Opposition stichhaltige Ar-

gumente gegen dieses Gesetz vorbrachten. Insbesondere die Einführung des PKV-Basistarifes werde die PKV als Vollversicherung ruinieren. Verfassungsrechtliche Bedenken würden offensichtlich negiert.

Das GKV-WSG werde außerdem die finanziellen Grundlagen der Krankenhäuser dramatisch belasten. Sowohl der Solidarbeitrag zur Entschuldung der GKV, die Mehrwertsteuererhöhung und die tarifvertraglichen Änderungen brächten viele Krankenhäuser Bayerns in Existenznöte. Erneut werde auf Bundesebene die monetarische Krankenhausfinanzierung diskutiert, wobei die länderspezifischen Investitionen – besonders Bayern betreffend – in einen Fonds einbezahlt werden sollen, der dann bundesweit allen Krankenhäusern zur Verfügung steht.

Schließlich thematisierte Ottmann die externe stationäre Qualitätssicherung, die auch von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sogar als „weltführend“ gelobt wurde. Unverständlicherweise betreibt Schmidt jedoch die Institutionalisierung der Bundesgeschäftsstelle mit Eliminierung der Selbstverwaltung.

Weiterbildung

Nach so viel Gesundheitspolitik behandelte der Vorstand Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung und beschloss über Anträge auf

Weiterbildungsbefugnisse und eine Liste der Ärztinnen und Ärzte, die zur Vermittlung von Weiterbildungsinhalten und Verfahren für die Zusatz-Weiterbildung „Psychoanalyse und Psychotherapie“ anerkannt sind (Überführung in die neue Weiterbildungsordnung).

Zur Thematik „Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung“ – Listen weiterbildungsbefugter Ärzte in Bayern – lagen insgesamt 111 Neuankträge und Anträge auf Erweiterung vor.

Davon wurde 108 Anträgen voll oder teilweise entsprochen. Zwei Anträge wurden abgelehnt und ein Antrag wurde zurückgestellt.

Es lagen weiterhin 32 Überprüfungen von Weiterbildungsbefugnissen im Hinblick auf die neue Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns vom 24. April 2004 zur Entscheidung vor. Hierbei wurde 31 Überprüfungen voll oder teilweise entsprochen und ein Antrag im Rahmen der Überprüfung abgelehnt (siehe Tabelle).

Unter dem TOP Verschiedenes diskutierte der Vorstand die Konsequenzen für die Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbände, die aus den Strukturänderungen der KVB resultieren. Dabei ging es im Wesentlichen um personelle Auswirkungen und Fragen zu Immobilien.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Beantragte Weiterbildungsbefugnisse 2006	bis Januar		bis März		bis Mai		bis Juli		bis September		bis November		Insgesamt	
	li.	re.	li.	re.	li.	re.	li.	re.	li.	re.	li.	re.	li.	re.
Allgemeinmedizin/Sektor der ambulanten hausärztlichen Versorgung	27	–	25	–	6	1	16	–	35	–	25	1	134	2
Gebiete	82	6	46	2	19	1	42	–	79	6	58	–	326	15
Fakultative Weiterbildungen	3	–	1	–	–	–	3	–	1	–	–	–	8	–
Fachkunden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Schwerpunkte	11	–	8	–	4	–	7	–	9	1	5	1	44	2
Zusatz-Weiterbildungen	29	2	22	–	11	1	12	1	28	1	20	1	122	6
Anträge insgesamt	152	8	102	2	40	3	80	1	152	8	108	3	634	25
Überprüfungen	81	–	55	–	22	2	24	–	52	–	31	1	265	3

Tabelle: Weiterbildungsbefugnisse. Voll/teilweise entsprochen (li.), abgelehnt/zurückgestellt (re.).